

WALTER HALLSTEIN-INSTITUT FÜR EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT



FORUM CONSTITUTIONIS EUROPAE

**FCE 1/07**

**DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT  
UND DIE ZUKUNFT DER UNION**

DR. JOSEP BORRELL FONTELLES

PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin

am 11. Januar 2007

**- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -**

*Das Forum Constitutionis Europae ist eine gemeinsame Veranstaltung des  
Walter Hallstein-Instituts und der Robert Bosch Stiftung.*

Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre, an diesem prestigeträchtigen Rednerpult der Humboldt-Universität zu sprechen.

Seit der Rede von Joschka Fischer vor über sechs Jahren haben hier viele prominente Redner ihre Auffassungen zu den Herausforderungen, denen sich das europäische Aufbauwerk gegenüber sieht, dargelegt.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir einige Tage vor dem Ende meines Mandats und zu dem Zeitpunkt, da Deutschland die Präsidentschaft der Union übernimmt, die Gelegenheit bieten, mich hier zu äußern.

Wie steht es um Europa? Wir dürfen die Augen nicht vor der Realität verschließen: Die Europäische Union befindet sich seit eineinhalb Jahren in einer sehr kritischen Phase.

Das – vorläufige – Scheitern des Verfassungsprojekts ist nicht unser einziges Problem.

Wir sehen uns auch konfrontiert mit

- sozialen Ängsten, die durch die Globalisierung und die jüngsten Erweiterungen hervorgerufen werden,
- der wachsenden Heterogenität einer Union, deren Mitgliederzahl sich in weniger als 3 Jahren von 15 auf 27 fast verdoppelt hat!,
- unserer schwachen Wirtschaftsleistung,
- der Alterung unserer Bevölkerung,
- unterschiedlichen Auffassungen in Fragen der Einwanderungspolitik,
- einer wachsenden Abhängigkeit im Energiebereich.

Viele dieser Sorgen bestanden auch schon vor dem Verfassungsvertrag. Wir sind nicht mit der nötigen Entschlossenheit und Klarheit darauf eingegangen.

Überwinden wir diese Zeit der Ungewissheit, indem wir durch ehrgeizige Ziele und neue Politiken einen Schritt nach vorn wagen?

Oder machen wir einen Schritt zurück, indem wir auf das politische Europa verzichten und uns auf den Binnenmarkt, ja sogar auf eine einfache Freihandelszone beschränken?

Vor sechs Jahren hat Joschka Fischer die Aufgabe, vor die sich Europa gestellt sieht, mit den Worten zusammengefasst, dass sich Europa angesichts der Globalisierung zwischen Integration und Erosion entscheiden muss.

Diese Grundsatzfrage hat nichts von ihrer Aktualität verloren.

In der letzten Woche hat Bundesaußenminister Steinmeier in der Presse unterstrichen, dass *"sich Europa in einer schwierigen Phase befindet"* und dass die Herausforderungen zunehmen: wirtschaftliche und soziale Modernisierung, Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus, Sicherung der Energieversorgung.

Er hat erklärt, dass *"die Mitgliedstaaten der EU auf sich allein gestellt hoffnungslos überfordert wären"*.

Meiner Ansicht nach sind für die Gestaltung der Zukunft Europas zwei Aufgabenfelder maßgebend:

- Erweiterung einerseits und Vertiefung andererseits;
- Effizienz der Politiken einerseits und Notwendigkeit institutioneller Reformen andererseits.

Diese beiden Aufgabenfelder sind eng miteinander verflochten. Die größere Diversität der Union erfordert starke gemeinsame Institutionen, und um wirksame gemeinsame Politiken zu entwickeln, müssen wir auch unsere Institutionen reformieren.

## **I. Zunächst Erweiterung / Vertiefung**

Die großen Verträge, die der europäischen Integration neue Horizonte eröffnet haben, beinhalten große Projekte.

Durch die Einheitliche Akte wurde ein strenger Zeitplan für die Schaffung des Binnenmarkts festgelegt, während gleichzeitig starke Solidaritätsmechanismen geschaffen wurden.

Durch den Vertrag von Maastricht wurde auf ähnliche Weise die gemeinsame Währung ins Leben gerufen.

An jede Erweiterung schloss sich eine Phase der Integration an.

Nach Maastricht, als wir 12 Mitgliedstaaten waren, hat sich der Erweiterungsprozess beschleunigt, während sich der Vertiefungsprozess verlangsamt hat.

Dieser Abstand ist nicht länger erträglich. Wir müssen die Geschwindigkeit, mit der diese beiden Prozesse ablaufen, wieder angleichen. Unsere Institutionen müssen gestärkt werden, da andernfalls die Gefahr besteht, dass unser gemeinsames Ziel verwässert wird und wir uns nicht mehr in der Lage sehen, unsere Politiken durchzuführen.

Die Tatsache, dass am Beginn der deutschen Präsidentschaft die Erweiterung der EU auf 27 Mitgliedstaaten stand und grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass an ihrem Ende ein Vorschlag für die Wiederbelebung des Verfassungsvertrags stehen wird, besitzt große Symbolkraft.

Die Präsidentschaft der EU sieht sich somit intensiv mit dieser Dialektik Vertiefung / Erweiterung, das heißt mit unserer Integrationsfähigkeit, konfrontiert.

## *1. Integrationsfähigkeit*

Die Integrationsfähigkeit der Union ist das Schlüsselmoment.

Wie die 18 Staaten, die den Verfassungsvertrag ratifiziert haben (und die in einigen Tagen zusammenkommen werden), ist das Europäische Parlament mehrheitlich davon überzeugt, dass dieser Text die beste Antwort war, um die erweiterte Union in die Lage zu versetzen, nicht unter der Last der Zahl der Mitglieder zu ersticken.

Vor der letzten Tagung des Europäischen Rats hat das Europäische Parlament analysiert, welche Reformen notwendig sind, um die Union in die Lage zu versetzen, neue Mitglieder zu integrieren.

Wir haben rund zwanzig unumgängliche institutionelle Reformen ausgemacht. Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass sie alle bereits im Verfassungsvertrag enthalten sind:

- Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsbeschlüsse im Rat;
- Verlängerung der Dauer der Präsidentschaft,
- Verringerung der Zahl der Mitglieder der Kommission,
- Schaffung des Amtes des Außenministers der Union,
- Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament,
- Flexibilisierung der verstärkten Zusammenarbeit,
- Abschaffung der Aufgliederung in "Pfeiler".

Hinzukommen Reformen mit dem Ziel einer demokratischeren Gestaltung der Arbeitsweise der Union, beispielsweise:

- eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente an europäischen Angelegenheiten,
- größere Befugnisse des EP bei der Beschlussfassung,
- eine klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten der Union und der Mitgliedstaaten.

Für das Europäische Parlament sind alle diese Reformen unverzichtbar und in jedem Fall Vorbedingung für künftige Erweiterungen.

Denn je heterogener die Union wird, desto stärkere Institutionen benötigen wir, um unseren Zusammenhalt und unsere Handlungsfähigkeit zu sichern.

Die Union hat gerade zwei Länder aufgenommen, deren Pro-Kopf-Einkommen kaum 35 % des Gemeinschaftsdurchschnitts erreicht.

Im Europa der 15 entsprach der Abstand zwischen der reichsten Region und der ärmsten Region einem Verhältnis von 1 zu 5.

Im Europa der 25 hat sich dieses Verhältnis auf 1 zu 9 erhöht.

Heute beträgt der Abstand 1 zu 13.

## *2. Rettung des Verfassungsvertrags*

Bevor sie die Präsidentschaft übernommen hat, hat die deutsche Regierung häufig betont, dass keine überhöhten Erwartungen gehegt werden dürfen. Bundeskanzlerin Merkel hat jedoch auch erklärt, dass es ein historischer Irrtum wäre, die "Substanz" des Verfassungsvertrags aufzugeben.

Ich ziehe für mich daraus den logischen Schluss, dass die deutsche Präsidentschaft alles daransetzen wird, diesen historischen Irrtum zu vermeiden.

Natürlich kann eine Präsidentschaft innerhalb von sechs Monaten nur schwer den Lauf der Geschichte ändern. Sie kann jedoch zumindest Wege für die Zukunft aufzeigen.

Dies wird kein leichtes Unterfangen sein. Achtzehn Monate nach Beginn der Reflexionsphase scheint nun einzig und allein Einigkeit darüber zu herrschen, dass die Bezeichnung "Verfassung" aufgegeben werden sollte.

Daraus sollte auf keinen Fall ein Religionskrieg entstehen. Dieser Begriff hat zweifellos zu Missverständnissen geführt.

Das Wort "Verfassung" beinhaltet in gewisser Weise einen Bruch mit der Vergangenheit. In Wirklichkeit wird mit dem Text jedoch die Kontinuität der bestehenden Verträge gewahrt, die durch diesen Text präzisiert werden und deren institutionelle Unzulänglichkeiten damit endlich beseitigt werden.

Es hat auch den Anschein, dass ein großer Teil der Mitgliedstaaten ebenso wie das Europäische Parlament wünscht, dass der Vertrag in seiner Substanz weitestgehend erhalten bleibt. Das ist jedoch alles, was man bisher aus den Beratungen in Erfahrung bringen konnte, die der diplomatischen Diskretion unterliegen.

Überlegt man, welche Lösungen theoretisch möglich wären, so verfügen wir nur über vier Szenarien:

- Straffung  
Beibehaltung der wichtigsten Elemente in einem kürzeren Vertrag; Neuaushandlung
- Wiederaufnahme der Verhandlungen über einige besonders strittige Punkte;
- Verzicht auf den Vertrag und Warten auf bessere Zeiten, um dann erneut zu verhandeln;
- Beibehaltung und teilweise Änderung  
Beibehaltung des Textes in seiner jetzigen Fassung mit einigen Zusätzen.

## *3. Mit Neuverhandlungen verbundene Gefahren*

Soll man sich auf einen kurzen Vertrag beschränken, in den nur die dringendsten institutionellen Bestimmungen übernommen werden? Ich fürchte, dass sich allein die Auswahl der wichtigsten Bestimmungen rasch dazu auswachsen wird, dass sich die Mitgliedstaaten gegenseitig ihre nationalen "Shopping-Lists" vorhalten werden.

Einige Regierungen würden gern die Stimmengewichtung im Rat erneut zur Verhandlung stellen oder erneut über die "christlichen Wurzeln" Europas diskutieren...

Über kurz oder lang könnte dies zu einem gegenseitigen Überbieten und zu generellen Neuverhandlungen führen.

Auch die Streichung von Teil III wäre problematisch, da er nicht nur alte Bestimmungen enthält.

Ganz zu schweigen von der Charta der Grundrechte, einem Text, der unsere gemeinsamen Werte veranschaulicht.

Wir dürfen nie vergessen, dass in Teil III das "ordentliche Gesetzgebungsverfahren" (derzeitiges Mitentscheidungsverfahren) festgelegt wird, das auf rund fünfzig neue Bereiche ausgeweitet werden soll.

Dies ist auch der Teil, der die Abschaffung der von Maastricht übernommenen Pfeilerstruktur vorsieht. Schließlich fallen auch alle Fragen, die die "Freiheit, Sicherheit und Justiz" betreffen, unter die klassischen Gemeinschaftsbestimmungen.

Dieser Teil enthält auch die neuen Rechtsgrundlagen für den Energiebereich und die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse.

Teil III enthält darüber hinaus Präzisierungen, die die Arbeitsweise der Institutionen betreffen, und ist somit eng mit Teil I verbunden.

Mit anderen Worten, die Theorie des "Minivertrags" könnte in der Praxis durchaus zu "Maxiverhandlungen" ausarten.

Meiner Ansicht nach besteht bei Neuverhandlungen – sei es über die gesamten oder einen Teil der 2004 erzielten Ergebnisse – die Gefahr, dass die Ziele heruntergeschraubt werden und sich die Verhandlungen über sehr lange Zeit hinziehen werden.

Es sind jedoch bereits zweieinhalb Jahre von der Aufnahme der Arbeiten des Konvents (Ende Februar 2002) bis zur Unterzeichnung des Verfassungsvertrags (Oktober 2004) vergangen. Danach wurde eine zweijährige Ratifizierungsphase für notwendig erachtet.

Kann sich die erweiterte Union eine weitere Verzögerung um vier oder fünf Jahre leisten, um ihre Effizienz zu verbessern?

Auf der Tagung des Europäischen Rats im Juni 2007, auf der die deutsche Präsidentschaft ihre Vorschläge unterbreiten wird, werden wir den zehnten Jahrestag des Vertrags von Amsterdam feiern!

Das heißt, zehn Jahre, in denen die Vertiefung der Erweiterung hinterherhinkt, zehn Jahre, die bei unseren Bürgern Zweifel haben aufkommen lassen und bei unseren Regierungen Misstrauen hervorgerufen haben.

Deshalb sollte der Fahrplan, den die deutsche Präsidentschaft vorschlagen wird, sofort eine rote Linie festlegen, die auf keinen Fall unterschritten werden darf.

Die Beibehaltung von Teil I und der Innovationen, die Teil III beinhaltet, wäre meiner Ansicht nach das *Minimum minimorum* dessen, was wir bewahren müssen.

Diese Bestimmungen bieten den Vorteil, dass sie bereits von 27 Regierungen ausgehandelt und gebilligt wurden. Es handelt sich hierbei um eine Gesamtheit von Bestimmungen, die sich in einem subtilen Gleichgewicht befinden, an das nach Möglichkeit nicht gerührt werden sollte, damit nicht alles zusammenbricht.

Einen Vertrag, der schlechter ist als der Verfassungsvertrag, können wir uns nicht leisten. Wir müssen ihn vielmehr besser machen. Denn viele unserer Bürger haben in diesem Text keine ausreichenden Antworten auf ihre wirtschaftlichen und sozialen Sorgen gefunden.

Die Präsidentschaft sollte die Beratungen also auch auf die vorzunehmenden Ergänzungen ausrichten, insbesondere was Economic Governance in der Union betrifft. Ich werde hierauf noch zurückkommen.

Der Konvent ist hier gescheitert, und wir können heute besser ermessen, wie schwerwiegend dieses Scheitern war.

Ich möchte hinzufügen, dass die Beratungen nach einem strengen Zeitplan ablaufen sollten und insbesondere eine Überschneidung mit der Haushaltsdebatte für 2008-2009 zu vermeiden ist.

Wir dürfen uns nicht einer Situation aussetzen, in der Haushaltsmittel oder Haushaltsmechanismen gegen institutionelle Bestimmungen ausgetauscht werden.

Die institutionelle Reform und die Haushaltsreform müssen jede für sich in sich schlüssig sein.

## **II. Wirksamkeit unserer Politiken und institutionelle Reformen**

Der Verfassungsvertrag bietet die Möglichkeit, die Kluft zwischen Erweiterungen und Vertiefung zu schließen. Er beinhaltet jedoch auch eine Antwort auf die andere Dialektik, da die institutionellen Reformen, die er vorsieht, für die Durchführung wirksamer Politiken unverzichtbar sind.

Wir müssen immer wieder betonen: die Institutionen sind kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um rechtzeitig zu beschließen und wirksam zusammenzuarbeiten.

### *1. Das Europa der Projekte. Aber welche Projekte?*

Nach den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden waren viele der Meinung, dass für unsere Bürger konkrete Projekte und Ergebnisse wichtiger sind als endlose institutionelle Debatten.

Die institutionelle Debatte ist jedoch keine ästhetische Schwärmerei. Sie ist vielmehr eine sehr praktische Angelegenheit. Die erweiterte Union braucht effizientere Institutionen, so wie ein Auto einen Motor braucht, der zu seiner Größe passt, damit es von der Stelle kommt.

Es ist richtig zu sagen, dass Europa Ergebnisse zeitigen muss. Dies dürfte nichts Neues sein. Noch viel besser aber wäre es, Ergebnisse tatsächlich auch herbeizuführen.

Mit welchen großen politischen Projekten beschäftigen wir uns zurzeit?

Die Zahl der Absichtserklärungen des Europäischen Rates nimmt ständig zu. Immer seltener aber führen sie zu konkreten Auswirkungen, wenn die Minister sich an den Verhandlungstisch setzen.

Die Beschlussfassungen werden immer schwieriger und die Einstimmigkeit, die vor allem immer noch für die legale Einwanderung gilt, wird mehr und mehr zu einer lähmenden Einrichtung.

Natürlich hat es Ergebnisse gegeben, wie etwa REACH oder die Dienstleistungsrichtlinie, zwei große Projekte, die Ende des vergangenen Jahres abgeschlossen wurden.

Ohne falsche Bescheidenheit glaube ich sagen zu können, dass das Parlament in den letzten Jahren von den drei Organen das leistungsstärkste gewesen ist.

Beiläufig stelle ich fest, dass ohne den entscheidenden Einfluss des Europäischen Parlaments, das in der Lage gewesen ist, einen Konsens zwischen einzelstaatlichen Sichtweisen und Interessen herbeizuführen, weder REACH noch die Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet worden wären.

Kürzlich hat die Kommission für die breite Öffentlichkeit einen Überblick über zehn wichtige Maßnahmen der Europäischen Union im Jahre 2006 veröffentlicht.

Neben den beiden Themen, die ich eben erwähnt habe, geht es hier von der Senkung der Telefonkosten im Ausland (Roaming) über den ersten Galileo-Versuch, die Einführung des Euro in Slowenien und die Reform des Zuckermarktes bis hin zum Einsatz unserer Soldaten im Libanon und im Kongo.

Diese Zusammenstellung wirkt recht uneinheitlich und entspricht damit dem Bild einer Union, die zögert, sich mit den grundlegenderen Herausforderungen ihrer Zukunft zu befassen.

## *2. Energie, Innovation, Einwanderung*

Welches sind diese grundlegenden Herausforderungen?

Was müssten wir als prioritäre Aufgabe ansehen?

Schaut man sich die Tagesordnung des letzten Europäischen Rates an, so stellt man fest, dass verschiedene Zukunftsfragen – Einwanderungspolitik, Energie, Innovation – durchaus angesprochen wurden, jedoch ohne dass es dabei zu wichtigen Entscheidungen gekommen wäre.



Es handelt sich hierbei um drei Bereiche, bei denen ein Impuls von Seiten des deutschen Ratsvorsitzes sehr willkommen wäre. Bislang nämlich sind die Ergebnisse eher mager.

Die Halbzeitüberprüfung der Strategie von Lissabon hat gezeigt, dass Europa bis 2010 nicht die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft der Welt sein wird.

Die meisten unserer wichtigsten Mitstreiter weltweit legen sich besser an als wir. Einige unserer Mitgliedstaaten entfernen sich sogar von den Zielsetzungen von Lissabon im Bereich der Forschung, statt sich diesen Zielen anzunähern.

Beim derzeitigen Rhythmus werden die Investitionen in Forschung und Entwicklung bis zum Jahre 2010 nicht die angepeilten 3 % betragen, sondern lediglich 2,6 %.

Forschung ist nun aber eine Grundvoraussetzung für Innovation und unsere hoch entwickelten Volkswirtschaften werden kein Wachstum generieren können, wenn sie nicht in der Lage sind, innovativ tätig zu sein.

Im Energiebereich haben wir auf das alte Projekt einer gemeinsamen Politik nur unter dem Druck der Ereignisse und mit einem viel zu großen Respekt für die traditionell nationalen Zuständigkeiten zurückgegriffen.

Angesichts der starken gegenseitigen Abhängigkeiten unserer Volkswirtschaften haben wir hierbei sehr wohl ein Thema von gemeinsamem Interesse. Der Energiesektor ist auch ein Bereich, in dem die Beschlüsse Zeit brauchen, damit ihre Auswirkungen sichtbar werden, und in dem sich die Schwerfälligkeit unserer Entscheidungen gegen uns richtet.

Die Krise zwischen Russland und der Ukraine im vergangenen Jahr, die vor wenigen Tagen drohende Krise mit Weißrussland oder auch die gewaltige Strompanne vom vergangenen 4. November in Norddeutschland haben unsere kollektive Anfälligkeit unter Beweis gestellt.

Was sind wir bereit, gemeinsam zu unternehmen, um unsere Energieversorgung in einer Welt sicherzustellen, in der sich das Angebot verknappt und die Nachfrage – mit schwerwiegenden Folgen für die Umwelt – explodiert?

Bislang hat sich unsere Energiepolitik auf die Anwendung der Wettbewerbspolitik auf dem Energiesektor beschränkt, so als ob es sich um einen beliebigen Bereich handelte. Das freie Kräftespiel des Marktes führt aber weder zu Macht noch zu Sicherheit noch zu der Fähigkeit, Verhandlungen mit Drittländern zu führen.

Die Kommission hat soeben dazu interessante Vorschläge vorgelegt. Gehen sie weit genug? 55 Jahre nach der EGKS wäre eine gemeinsame Energiepolitik zusammen mit gemeinsamen Forschungs- und Umweltschutzbemühungen geeignet, das Vertrauen in Europa wiederherzustellen oder überhaupt Vertrauen in Europa.

Damit könnte außerdem veranschaulicht werden, dass eine gute Politik mit einem wirksamen Funktionieren der Institutionen einhergehen muss. Warum schaffen wir keine Energiegemeinschaft?

Bei der Einwanderungspolitik war der letzte Europäische Rat durchaus bemüht, einzelne spezifische Maßnahmen anzuregen. Wir sind aber noch sehr weit von einer Entwicklung des 1999 in Tampere angekündigten Programms entfernt.

Bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung machen wir leichte Fortschritte. Es gäbe aber weniger illegale Einwanderung, wenn es kein Angebot für Schwarzarbeit gäbe und wenn die legale Einwanderung auf kohärentere Art und Weise gehandhabt würde.

Die Abschaffung der Binnengrenzen führt *de facto* zu einer gegenseitigen Abhängigkeit unserer Mitgliedstaaten. Dennoch betreiben wir auch weiterhin nationale Politikansätze in Bezug auf die legale Einwanderung, die manchmal sogar widersprüchlich sind. Wir halten an der Einstimmigkeit fest und verurteilen uns damit zur kollektiven Tatenlosigkeit, obwohl auch die bestehenden Verträge die Möglichkeit einer Anwendung der qualifizierten Mehrheit vorsehen.

### *3. Ein Plädoyer für die Gemeinschaftsmethode*

Wenn heute so viele wichtige Projekte stagnieren, so liegt dies an dieser merkwürdigen Zwischenstaatlichkeit, die sich seit Maastricht in das Gemeinschaftsgefüge eingeschlichen hat.

Warum diese Zwischenstaatlichkeit? Weil unsere gemeinsamen Institutionen, wie im Übrigen auch einige unserer Regierungen, schwächer geworden sind und weil wir es nicht mehr fertig bringen, uns große Projekte mit einem präzisen Zeitplan vorzunehmen.

Das Gemeinschaftsverfahren hat sich bewährt als es darum ging, zunächst den Binnenmarkt und anschließend den Euro einzuführen. Die entsprechenden Regeln waren verbindlich: die Konvergenzkriterien und die Richtlinien, die den Binnenmarkt dank der qualifizierten Mehrheit vorbereiten konnten.

Heutzutage dagegen beschränken wir uns bei den fundamentalen Fragen auf die freiwillige und unverbindliche Koordination oder verstecken uns hinter der Einstimmigkeit, die in einer Union mit 27 Mitgliedern ein Garant für Lähmung ist.

Das institutionelle Dreieck ist seit dem Ende der 1990er Jahre angegriffen. Die Europäische Kommission nimmt ihre Antriebsfunktion nicht mehr hinreichend wahr und der Rat erstickt nach und nach unter der Last der Zahl seiner Mitglieder.

Somit ist es heutzutage Aufgabe des Europäischen Parlaments, mit politischen Kompromissen, die die nationalen Ansätze übersteigen, verschiedene Dossiers voranzubringen.

Als Präsident des Europäischen Parlaments betrachte ich diesen Zustand jedoch keineswegs als Sieg. Im Gegenteil: das mangelhafte Gleichgewicht des institutionellen Dreiecks ist für mich besorgniserregend.

Das Projekt des Verfassungsvertrags hatte das Verdienst, die drei Pole des Dreiecks jeweils zu stärken.

Dem Rat bietet dieses Projekt eine effizientere Arbeitsweise.

Die Kommission wird durch das Projekt kohärenter und erhält wieder mehr politisches Gewicht.

Das Parlament erhält dadurch eine größere Bedeutung als Mitgesetzgeber und als demokratische Kontrollinstanz.

Dies sind neben anderen gewichtige Gründe, um den Verfassungsvertrag zu retten.

### **III. Eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion ist notwendig**

Den Verfassungsvertrag zu retten, selbst zur Gänze, würde jedoch nicht ausreichen.

Die französischen und niederländischen Wähler haben in diesem Text keine Zusicherungen für die Bewahrung ihrer Sozialmodelle und ihrer nationalen Identität gefunden, ebenso wenig haben sie den Euro als Instrument für Wirtschaftswachstum betrachtet.

Mit der Abschaffung der Binnengrenzen und der freien Entfaltung des sozialen und steuerlichen Wettbewerbs zwischen unseren Staaten erscheint Europa nicht wie eine konstruktive Antwort auf die Globalisierung, sondern eher wie ein Trojanisches Pferd, das die sozialen Beziehungen untergräbt.

Der Binnenmarkt sollte die europäische Wirtschaft durch Wettbewerb und Handelsaustausch stimulieren und die Preise senken. Er sollte aber auch mit einer verstärkten Solidarität zwischen unseren Mitgliedstaaten einhergehen. Der Wettbewerb besteht heute nicht mehr nur zwischen den Unternehmen, sondern es kommt mehr und mehr zu einem Wettbewerb zwischen Gesellschaften.

Bisweilen gleicht unser Europa einem Boxring, in dem sich unsere steuerlichen und sozialen Systeme gegenüberstehen, statt dass es eine kollektive Waffe wäre, um die Globalisierung anzugehen.

Der Wirtschaftsnationalismus ist an der Tagesordnung. Wir vergessen dabei die beiden anderen Flügel des Tryptichons: die Zusammenarbeit und die Solidarität, die den Unterschied zu einer Freihandelszone ausmachen.

Viele unserer Bürger haben das Gefühl, dass es mehr und mehr Europäer gibt, aber immer weniger Europa.

Deshalb habe ich den Eindruck, dass parallel zur „Rettung“ des Verfassungsvertrags eine starke Initiative zur Wiederbelebung der Wirtschafts- und Währungsunion heutzutage notwendig ist.

Nach dem "Nein" der Dänen zum Vertrag von Maastricht und dem "Nein" der Iren zum Vertrag von Nizza war es möglich, die Lage zu entspannen und mit den Referenden fortzufahren, ohne den ursprünglichen Text anzutasten, und zwar dadurch, dass man einfache Protokolle oder Zusatzserklärungen angefügt hat.

Im derzeitigen Kontext wird ein solches „Light-Verfahren“ nicht ausreichen.

Um die Bürger mit unserem Projekt auszusöhnen, müssen wir eine überzeugendere Antwort auf ihre Sorgen finden. Insbesondere müssen wir die wirtschaftliche Governance der Wirtschafts- und Währungsunion stärken.

### *1. Ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Währung und Wirtschaft*

Die derzeitige Währungspolitik beruht im Wesentlichen auf der Inflationsbekämpfung nach deutschem Vorbild.

Natürlich muss die Preisstabilität garantiert werden. Wir dürfen die Lehren der Geschichte und die sozialen und politischen Krisen, die eine zügellose Inflation in der Vergangenheit hervorgerufen hat, niemals vergessen. Unter diesem Blickwinkel darf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank nicht in Frage gestellt werden.

Preisstabilität alleine reicht aber nicht. Selbst die völlig unabhängige Bundesbank agierte im Rahmen eines Staatswesens und vor dem Hintergrund eines politischen Partners, der eine kohärente Wirtschaftspolitik betrieb. Der Euro ist in der Geschichte der erste Fall einer Währung ohne Staat.

Auf europäischer Ebene ist dies nicht der Fall. Die rigorose Währungspolitik der EZB entspricht nicht einer kohärenten Wirtschaftspolitik. Im Gegenteil: sie muss sich mit 27 einzelnen Politiken arrangieren, die manchmal sogar gegensätzlich sind.

Viele Wirtschaftsfachleute sind der einhelligen Meinung, dass ein solches Ungleichgewicht nicht ewig weiter bestehen kann.

Entweder wird dieses Ungleichgewicht uns früher oder später dazu zwingen, die Koordination unserer Wirtschaftspolitiken zu verstärken.

Oder es stellt den Fortbestand der Einheitswährung in Frage.

### *2. Ein neuer Pakt zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken*

Vor zehn Jahren schlossen die Mitgliedstaaten vor dem Übergang in die dritte Phase der Wirtschafts- und Währungsunion einen Stabilitäts- und Wachstumspakt, um die Stabilität des Euro zu gewährleisten.

Von diesem Pakt wurden insbesondere die anzuwendenden Haushaltsbestimmungen weitergeführt, wobei bei übermäßigem Defizit Strafen angedroht werden. Doch sind diese Regeln schnell in Vergessenheit geraten, wie dies auch für die Grundsätze der makroökonomischen Koordination der Fall gewesen ist.

Eine Währung ist nicht nur ein technisches Instrument. Sie ist auch ein Symbol, eine Brücke des Vertrauens zwischen den Bürgern, ihrer Volkswirtschaft und ihren Institutionen.

Vor fünf Jahren haben wir mit großem Pomp die ersten Euro-Münzen und -Scheine herausgegeben. Wer hat am vergangenen 1. Januar diesen fünften Geburtstag gefeiert? Man hat den Beitritt Sloweniens zum Klub zur Kenntnis genommen, das war's!

Der Euro ist zwar so stark wie einst die Deutsche Mark. Aber mag man diese Währung?

Der Euro stellt zwar für uns einen Schutz dar, aber ist er auch ein Motor für unsere Volkswirtschaften?

Ich bin überzeugt, dass wir im Falle eines Verzichts auf eine Revitalisierung unserer Wirtschaftspolitiken und auf eine stärkere Konvergenz hin zu gemeinsamen Zielsetzungen schweren Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten entgegengehen. Unterschiedliche Wirtschaftspolitiken werden zwangsläufig zu unterschiedlichen Erwartungen beispielsweise gegenüber dem Kurs des Euro führen.

Es ist an der Zeit, die Dinge zu richten. Ein neuer Pakt ist von Nöten. Nicht ein Währungs- und Haushaltspakt, den haben wir schon. Sondern ein Pakt zur Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitiken der Eurogruppe, um das Wachstum zu maximieren.

Wäre dieser Pakt bei der Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion geschlossen worden, hätte man einen halben Wachstumspunkt gewonnen.

### **Schlussfolgerung**

Schlussfolgernd möchte ich sagen, dass institutionelle Reformen und ein Europa der Resultate Hand in Hand gehen müssen. Dies ist die einzige Möglichkeit, Ergebnisse in den Bereichen zu erzielen, die in hohem Maße unsere gemeinsame Zukunft bestimmen.

Die Aufrechterhaltung der Substanz des Verfassungsvertrags ist notwendig, um die Gefahr eines Abbaus eines 50-jährigen europäischen Aufbauwerkes zu bannen und um die Initiative und politische Entscheidung zu Zukunftsfragen zu stimulieren.

Doch selbst mit reformierten Institutionen werden wir die derzeitige wirtschaftliche und soziale Missstimmung nicht lange aushalten können.

Eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken könnte dazu beitragen, hier Abhilfe zu schaffen und den Europäern mehr Vertrauen in die Zukunft und den Zusatznutzen der Europäischen Union geben.

Im Moment warten wir, und das seit anderthalb Jahren. Wir sind darauf beschränkt, "gemeinsam zu wenig zu tun".

Die kommenden Monate werden ausschlaggebend sein. Der politische Wille ist offensichtlich wieder vorhanden. Wir müssen für die Europawahlen 2009 gerüstet sein!

\* \* \*